

Keine Ortszeitung, aber Informationen, die Sie haben sollten!

4. März 2022

## Wann wird der Hahn zgedreht?

Sicher gibt es gute Gründe, mit unserem Trinkwasser so rationell umzugehen, dass es auch in Zukunft jederzeit zum Leben und Arbeiten verfügbar ist. Begrenzte Grundwasservorkommen, geringere Niederschlagsmengen, wachsender Verbrauch und offensichtliche Verschwendung sind längst bekannte Tatsachen. Dass da vernünftig gegengesteuert werden muss, bevor es aus dem Hahn nur noch tropft, ist einleuchtend.

Das „Zauberwort“ heißt *Rationierung*, beschlossen am 1. Dezember 2021 durch den Wasserverband Strausberg-Erkner. In dessen Vorstand sind alle Mitgliedsgemeinden vertreten und es fand sich eine Mehrheit für diesen Beschluss, dessen Zustandekommen und dessen praktischer Inhalt aber gleichermaßen fragwürdig sind.

Das Treffen von solchen Grundsatzentscheidungen mit u. U. weit reichenden Folgen erfordert vorab transparente und demokratische Vorbereitungen. Was in den Gemeindevertretungen sonst gute Praxis ist, funktioniert offensichtlich so nicht im Wasserverband Strausberg-Erkner (WSE), dessen Mitglied auch unsere Gemeinde ist. Den Gemeindevertretern von Petershagen/Eggersdorf und einigen anderen Verbandsgemeinden lagen weder Einladung noch der Entwurf der Satzungsänderung entsprechend längere Ladungsfrist gemäß Geschäftsordnung vor. Nur den Bürgermeistern, als Vertretern der Verbandsmitglieder wurde es überlassen, ihr jeweiliges Gremium darüber in Kenntnis zu setzen. Zwingend erforderlich ist das laut Satzung des WSE nicht, aber meiner Meinung nach unerlässlich, um ihre Vorstellungen in die nicht unkomplizierte Beschlussfassung einbringen zu können.

Damals gab es einen Aufschrei einiger Gemeindevertretungen und Bürgermeister gegen das undemokratische und vor allem nicht zielführende Verfahren. Heute ist zu diesem brisanten Thema öffentlich gar nichts zu vernehmen. **Dabei wäre es sehr wichtig für zehntausende Kunden des Wasserverbandes zu erfahren, unter welchen Umständen von einer Rationierung betroffen sein könnte und wie das praktisch funktionieren soll.** Wird das dann an heißen Tagen „frei Hand“, also weitgehend ohne die Mitwirkung der Verbandsmitglieder entschieden?

Es besteht aber im Falle der, wie in der Satzung § 3 Absatz 7 formulierten „...Einschränkung oder Ausschluss des Bezugsrechtes der Trinkwasserbezugsmenge...“, schnell Handlungsbedarf, ist doch die derzeitige Umsetzung aus technischen, sozial ausgewogenen und wirtschaftlich sinnvol-

len Gründen nicht machbar. Ich sehe einen akuten Handlungsbedarf des Wasserverbandes, das praktikabel zu regeln, bevor eine reale Notsituation eintritt.

Einfach wie bisher den Wasserdruck sinken zu lassen, weil Fördermengen den Bedarf zeitweise nicht decken können, das geht nicht so einfach. Dann würden infolgedessen höher gelegene Gebiete des Wassernetzes nicht mehr ausreichend oder kein Wasser erhalten. Eine Klinik, ein Krankenhaus oder andere Einrichtungen der kritischen Infrastruktur ganz ohne? Wie soll denn nun geregelt, kontrolliert und ggf. sanktioniert werden?

**Wo also bleibt die fachlich-praktische Vorbereitung von Maßnahmen und die gemeinsame Entscheidungsvorbereitung mit den Verbandsmitgliedern?**

Dabei offenbart der Streit um die Wasserversorgung von Tesla, der nicht der größte Wasserverbraucher im Verbandsgebiet ist, wo das eigentliche Problem liegt: Millionen Kubikmeter Wasser aus unserem Verbandsgebiet landen nach der Klärung in der Spree und sind für das Auffüllen der eigenen Reserven verloren.

Immer wieder regenarme Jahre, weitere versiegelte Flächen und unregulierter Abfluss statt Rückhaltung haben Auswirkungen, die wir gerade und noch zukünftig spüren werden. Umdenken ist erforderlich. Unbegrenzte Mengen Trinkwasser zur Rasenbewässerung sind zu bestimmten Zeiten einfach nicht akzeptabel. Oder wo lassen sich mehr Toiletten und Waschmaschinen ohne Trinkwasser betreiben? Wie oft müssen tausende Pools mit Frischwasser befüllt werden?

*Rationierung* allein ist kein Zaubermittel, aus heutiger Sicht eher eine unfertige Keule, von der niemand weiß, wann, wo und wie sie zuschlägt. Vernünftige Sacharbeit ist jetzt gefragt, von Anfang an mit den Verbandsmitgliedern. Es presstiert!

Mit freundlichen Grüßen  
Thomas Kraatz, Fraktionsvorsitzender

...übrigens hat Berlin seit 2019 als bisher einziges Bundesland den 8. März als gesetzlichen Feiertag festgelegt. Mecklenburg-Vorpommern will das ab 2023 ebenfalls beschließen. Wäre diese Idee nicht auch was für Brandenburg?

**Die traditionelle Feier der Basisorganisation DIE LINKE Petershagen/Eggersdorf findet am Sonntag, den 12. März 2022 ab 15 Uhr im Haus Bötze statt.**

## „Glaubst du, die Russen wollen Krieg?“

So gab es zu DDR-Zeiten ein sehr bekanntes Lied von Reinhold Andert. Er hatte Recht: NEIN!

Das deutsche Volk wollte Anfang der 30er Jahre auch nicht die halbe Welt in Brand stecken und millionenfach morden. Aber es gelang einem selbst ernannten „Führer“ und seinen Vasallen, mit unvorstellbaren Lügen und Desinformation dafür anfangs sogar Begeisterung zu entfachen. Wer nicht zu begeistern war, wurde zum Mitmachen gezwungen, anderenfalls sogar umgebracht.

Maßgeblich die damalige Sowjetunion hat unter unermesslichen Opfern dem Hitler-Regime und dem blutigsten Krieg der Menschheitsgeschichte ein Ende bereitet. Danach, in der Zeit des kalten Krieges zwischen der Sowjetunion und den anderen Staaten, die den Sozialismus aufbauen wollten sowie den Großmächten des Westens und den anschließenden Entspannungsperioden gab es mehrfach ernste Konflikte – aber alle wussten: Bei einem großen Knall in Europa gibt es keinen Gewinner sondern eine Katastrophe. Diese mit Ausnahme des Kosovo-Krieges längste Friedensperiode in Europa haben mehrere Generationen in Ost und West erlebt und es hat sie geprägt: Wir können als gute Nachbarn in Frieden leben und profitieren sogar davon. *Die Völker wollen keinen Krieg.*

Es war aber leichtfertig, bequem, ja sogar naiv, darauf zu vertrauen, dass sich auch immer wieder neu entwickelnde Konflikte durch Händeschütteln oder Wegschauen von selbst auflösen. Vor allem im Osten Deutschlands gab es die weit verbreitete Überzeugung Sozialismus = Frieden und Garant dafür wäre in erster Linie die Sowjetunion. Das stimmte schon damals leider nur zum Teil.

Mit dem vor gut 30 Jahren selbst organisierten Zerfall der Sowjetunion entstand ein imperialistischer russischer Staat. Auch dort ging es sehr bald um Profit, Macht und Größe. Ob durch westliche Ignoranz oder Zutun noch befördert, Russland ist schon seit Jahren eine Diktatur und hat auch schon mehrfach seine Nachbarn überfallen. Aber noch vor wenigen Wochen gab es nicht wenige, die das Regime in Moskau mit nostalgisch verklärtem Blick oder als Putin-Versteher sahen... Die anderen waren einfach böse oder Lautsprecher Amerikas.

Der Diktator hat nach anderen „Operationen“ im Süden schon vor mehr als 8 Jahren die Krim und weitere Gebiete des souveränen Staates Ukraine ausgerechnet nach Hitlers Vorbild „Heim ins Reich“ geholt. Die Ukraine, einst drittgrößter Atomwaffenstandort der Welt, hatte diese vorher komplett abgerüstet und bedrohte niemanden in Europa. Aber Putins Plan lief wie nach Nazi-Lehrbuch: Desinformation, Hass sä-

en, Wohlstand versprechen, Fake-News, Unterwanderung, Sabotage, fünfte Kolonne und Einmarsch. Nur die technischen Mittel sind heute noch größer. Der Westen sah letztendlich zu.

Westeuropa hat auch seit mehr als einem Jahr zugesehen, wie Russland, genau wie gehabt, das Opfer der NATO spielt und nach „bewährtem Plan“ den nächsten Überfall in allen Einzelheiten vorbereitet. Selbst als das Land schon monatelang von drei Seiten mit einem seit 1945 nicht mehr erlebten Truppenaufmarsch eingekreist ist, lassen sich Politiker reihenweise in Moskau noch an der Nase herumführen.

Jetzt hat ein brutaler Aggressor, seinen Nachbarn mit Krieg überzogen und hofft auf einen schnellen Sieg. Das Brudervolk der Russen, das frei und selbst bestimmt seinen eigenen Weg gehen will, soll mit Panzern und Raketen daran gehindert werden. Wer so die Welt ordnen will, ist ein Verbrecher, der den Widerstand der demokratischen Welt erfahren muss.

Noch wissen in Russland viele nicht, dass sie für diesen Krieg missbraucht werden und schweigen. Aber Putin konnte sich nicht vorstellen, in der militärisch unterlegenen Ukraine auf den Widerstand von Menschen zu stoßen, die keinen Krieg wollen, aber ihr freies Vaterland verteidigen. Mit jedem Tag und mit jedem Sarg, der nach Russland zurückkommt, wird auch das russische Volk lauter sagen: Das ist nicht unser Krieg!

Indem ich mir diese Zeilen von der Seele schreibe, leuchtet auf meinem Computer eine EILMELDUNG auf: Putin hat die Alarmbereitschaft der russischen Atomraketen angeordnet! Kann man Wahnsinn noch steigern???

Wacht auf, verdammte dieser Erde! Ausgang ungewiss.

Max-Ulrich Kühn

*Der ehemalige Außenminister der USA, Henry A. Kissinger, hat schon 2014 gesagt:*

**„Die Ukraine-Frage wird viel zu oft als ein Showdown dargestellt: Geht die Ukraine an den Westen oder an den Osten? Aber um zu überleben und sich zu entwickeln, darf die Ukraine der Vorposten von Niemand sein. Vielmehr sollte sie eine Brücke zwischen beiden Seiten darstellen.“**

## **Kommunale Wohnungen müssen bezahlbar bleiben**

Unsere Gemeinde verfügt über eine überschaubare Anzahl an Mietwohnungen. Mit knapp 100 dürfte die Gemeinde sogar der größte Anbieter von Mietwohnungen in unserem Ort sein. Die meisten kommunalen Wohnobjekte befinden sich schon länger im Besitz der Gemeinde und tragen sich selbst.

Bei der in den Ausschüssen 2021 vorgestellten Übersicht des kommunalen Wohnungsbestandes ist wiederholt auf geplante notwendige Mieterhöhungen hingewiesen worden. Von einer Kappungsgrenze ist dabei jedoch nicht gesprochen worden. Eine durch DIE LINKE angeregte Beschlussvorlage zur Deckelung der Obergrenze fand nicht sofort Zustimmung, da noch zu viele Fragen offen waren.

In der gemeinsamen Sitzung des Finanz- und des Wirtschaftsausschusses im März

dieses Jahres sollen weitere Fragen der Verwaltungsstruktur, des Wohnungsbedarfes und der möglichen Potenziale für die Schaffung von Wohnraum und eben auch die Fragen der Mieten und der Vergabe der Wohnungen beraten werden. Konsens besteht darüber, dass es hauptsächlich um Wohnungen im mittleren Preissegment geht.

Innerhalb des Mietwohnungsangebotes muss es in der Gemeinde auf jeden Fall auch bezahlbare Wohnungen für Menschen mit niedrigem Einkommen geben. Auch Geringverdienende, Alleinerziehende, Arbeitslose, Jugendliche oder Senioren sollen die Möglichkeit haben, Wohnraum in unserer Gemeinde zu finden. Es kann nicht sein, dass hier ansässige Bürgerinnen und Bürger gezwungen werden, ihr gewohntes Umfeld und die Gemeinde zu verlassen, weil selbst die Mieten kommunaler Wohnungen über den vorgegebenen Miethöhen für besondere Lebenslagen, wie Arbeitslosigkeit o. ä. liegen.

Die "Höhe der Kosten der Unterkunft" bietet hier eine angemessene Vorgabe. Diese orientiert sich an den Mietwerten in verschiedenen Vergleichsräumen in Märkisch-Oderland und wird regelmäßig angepasst. Aktuell liegt sie im Vergleichsraum, zu dem unsere Gemeinde gehört, je nach Größe der Wohnung zwischen 7,33 € und 8,31 € pro Quadratmeter.

Die Leistung nach Sozialgesetzbuch XII wird kontinuierlich angepasst, so dass eine Kappungsgrenze keine starre Größe wäre, sondern mit der wirtschaftlichen Entwicklung einhergehen würde. Bevor aufwändige Sanierungen geplant werden, sollte festgelegt werden, was die jeweilige Wohnung danach einmal kosten darf.

Sascha Trutt-Rössler, Gemeindevertreter

## **Sportplatz frei für alle?**

Dass sportliche Aktivitäten Geist und Körper fit halten, wussten schon die alten Griechen. Auch in unserer Gemeinde hat Sport einen hohen Stellenwert, nicht nur bei den ansässigen Vereinen, gehören doch Sportplätze und Turnhallen zur Pflichtausstattung der Schulen.

In den letzten Jahren ist viel Neues entstanden oder Bestehendes erweitert und modernisiert worden, auch über gesetzliche Vorgaben hinaus. Egal, ob die neue Turnhalle an der Grundschule in Petershagen, der Sportplatz auf dem Gelände der FAWZ – Schule in Petershagen oder der Fußballplatz mit Kunstrasen auf dem Waldsportplatz. Weiteres ist am Standort der Grundschule in Eggersdorf geplant. Nicht unerhebliche finanzielle Mittel wurden und werden für den Sport investiert.

Entsprechend des wachsenden Bedarfs an Sportstätten sind in den nächsten Jahren Investitionen geplant, für die sogar auch die Aufnahme von Krediten notwendig ist. Also Steuergelder, die letzten Endes allen zugutekommen sollen – oder?

Die unabgestimmte Vorgehensweise des Leichtathletikteams Petershagen e. V. in den vergangenen Monaten bei der Suche nach möglichen Trainingsstätten im Freien und Standorten für die Unterbringung der Geräte stieß weder bei der Gemeindeverwaltung noch beim Sportverein Blau-Weiß auf Gegenliebe. Aber hier geht es um mehr als ein unglücklich abgelaufenes Antragsverfahren.

Laut Mitteilung des Leichtathletikteams Petershagen e. V. wurde Anfang Februar 2022 durch den Vorstand von SV Blau-Weiß Petershagen als Pächter ein Nutzungsvertrag mit den Leichtathleten abgelehnt. Das ist ohne triftigen Grund nicht akzeptabel. Sollten hier formalrechtliche Gründe der Nutzung des Waldsportplatzes durch die Leichtathleten im Wege stehen, muss schnell nachgebessert werden. Die Saison 2022 steht vor der Tür.

Wir brauchen jetzt eine Lösung, die klare Regeln und Pflichten benennt und mit der beide Seiten leben können. Also alle Zuständigen an einen Tisch. Es kann nur einen Gewinner geben: Den Sport!

Dr. Doris Bauer, Vors. Ausschuss für Bildung und soziale Infrastruktur

## **"Kein Anschluss unter dieser Nummer"**

So etwa sieht es aus mit dem Ausbau des Glasfasernetzes in unserer Gemeinde. Den versprach 2021 „Liberty Network“ und das flächendeckend. Es hörte sich an wie ein Sprung mit Lichtgeschwindigkeit in ein neues Zeitalter. Andere hier ansässige Anbieter waren aufgeschreckt.

Nachdem die ambitionierten Ziele des wie Phönix aus der Asche erschienenen Anbieters nicht erreicht wurden und dieser seine Ausbauabsichten in unserer Gemeinde einstellte, zeichnete sich der Flickenteppich schon ab. Einige Kunden bleiben da voraussichtlich noch länger auf dem Trockenen sitzen.

Ein Netzausbau durch die Deutsche Telekom würde wegen der sehr speziellen Förderbedingungen des Bundes erst mal weniger als 2.000 Haushalte (von fast 7.000) in unserer Gemeinde erreichen und das mit einer geringen Datenrate. Dabei ist auch nicht geplant, Schulen vorrangig an das schnelle Glasfasernetz anzuschließen.

Ein weiterer bereits vor Ort tätiger Anbieter, DNS Net, sammelt derzeit fleißig Neukunden ein, äußert sich aber zu einem möglichen flächendeckenden Ausbau nicht eindeutig. Gemeinsame Aktionen mit anderen Versorgern, z. B. der Deutschen Telekom, im Rahmen des geförderten Ausbaus, scheitern ebenfalls an den Förderbedingungen des Bundes. Andere Anbieter im Landkreis sind schon längst beim „Buddeln“.

Freie Marktwirtschaft lässt grüßen, oder „Wer zu spät kommt, den bestraft ... die Telekom“. Jetzt sind Abgeordnete und Verwaltung gefragt, sich auf Landes- und Bundesebene Gehör zu verschaffen. Ich fürchte, es bleibt nur einfach *w.w.w.* – also *wir warten weiter*, auf einen schnellen Anschluss.

Wilfried Hertel, Gemeindevertreter

ac erscheint ohne feste Reihenfolge.

Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen. Der Herausgeber behält sich Veröffentlichungen, ggf. in sinnwahren Auszügen vor.

<https://www.facebook.com/dielinke.petershagen.eggersdorf>

Hinweise und Informationen richten Sie bitte an:

Thomas Kraatz	Wolfgang Zielke
Elbestr. 5	Bötzseestr. 120 b
15370 Petershagen	15345 Eggersdorf

